

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1968

Ausgegeben am 24. Mai 1968

42. Stück

- 164.** Verordnung: Umlegung eines Teiles der Berndorf-Hernsteiner Straße im Bereich der Stadtgemeinde Baden auf das neu hergestellte Straßenteilstück und Auflassung des bisherigen Straßenteilstückes als Bundesstraße
- 165.** Verordnung: Umlegung eines Teiles der Berndorf-Hernsteiner Straße im Bereich der Marktgemeinde Piesting auf das neu hergestellte Straßenteilstück und Auflassung des bisherigen Straßenteilstückes als Bundesstraße
- 166.** Verordnung: Umlegung von Teilen der Kamptal Straße im Bereich der Gemeinden Zitternberg, Buchberg am Kamp und Plank am Kamp auf die neu hergestellten Straßenteilstücke und Auflassung der bisherigen Straßenteilstücke als Bundesstraße
- 167.** Kundmachung: Feststellung des Verfassungsgerichtshofes über die Zuständigkeiten auf dem Gebiete der Bewährungshilfe
- 168.** Kundmachung: Berichtigung von Druckfehlern im Bundesgesetzblatt
- 169.** Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Grenzabfertigung im Eisenbahnpersonenverkehr

164. Verordnung des Bundesministeriums für Bauten und Technik vom 26. April 1968, mit der ein Teil der Berndorf-Hernsteiner Straße im Bereich der Stadtgemeinde Baden auf das neu hergestellte Straßenteilstück umgelegt und das bisherige Straßenteilstück als Bundesstraße aufgelassen wird

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Bundesstraßengesetzes, BGBl. Nr. 59/1948, wird verordnet:

Das Straßenteilstück der Berndorf-Hernsteiner Straße im Bereich der Stadtgemeinde Baden von km 6,860 (alt) bis km 7,160 (alt)

wird auf das neu hergestellte Straßenteilstück umgelegt und das bisherige Straßenteilstück als Bundesstraße aufgelassen.

Kotzina

165. Verordnung des Bundesministeriums für Bauten und Technik vom 26. April 1968, mit der ein Teil der Berndorf-Hernsteiner Straße im Bereich der Marktgemeinde Piesting auf das neu hergestellte Straßenteilstück umgelegt und das bisherige Straßenteilstück als Bundesstraße aufgelassen wird

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Bundesstraßengesetzes, BGBl. Nr. 59/1948, wird verordnet:

Das Straßenteilstück der Berndorf-Hernsteiner Straße im Bereich der Marktgemeinde Piesting von km 32,500 (alt) bis km 32,840 (alt)

wird auf das neu hergestellte Straßenteilstück umgelegt und das bisherige Straßenteilstück als Bundesstraße aufgelassen.

Kotzina

166. Verordnung des Bundesministeriums für Bauten und Technik vom 26. April 1968, mit der Teile der Kamptal Straße im Bereich der Gemeinden Zitternberg, Buchberg am Kamp und Plank am Kamp auf die neu hergestellten Straßenteilstücke umgelegt und die bisherigen Straßenteilstücke als Bundesstraße aufgelassen werden

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Bundesstraßengesetzes, BGBl. Nr. 59/1948, wird verordnet:

Die Straßenteilstücke der Kamptal Straße im Bereich der Gemeinden Zitternberg, Buchberg am Kamp und Plank am Kamp von

km 11,350 (alt) bis km 11,570 (alt),

km 12,560 (alt) bis km 12,660 (alt),

km 12,770 (alt) bis km 13,800 (alt),

km 16,000 (alt) bis km 16,620 (alt)

werden auf die neu hergestellten Straßenteilstücke umgelegt und die bisherigen Straßenteilstücke als Bundesstraße aufgelassen.

Kotzina

167. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 7. Mai 1968 betreffend die Feststellung des Verfassungsgerichtshofes über die Zuständigkeiten auf dem Gebiete der Bewährungshilfe

Gemäß § 56 Abs. 4 des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953, BGBl. Nr. 85, wird folgender Rechtssatz kundgemacht, in dem der Verfassungsgerichtshof die Feststellung seines Erkenntnisses vom 14. März 1968, K II-2/67-19, zusammengefaßt hat:

„Die Einrichtung und Durchführung der Bewährungshilfe im Sinne des IV. Hauptstückes des Bundesgesetzes vom 26. Oktober 1961, BGBl. Nr. 278, über die Behandlung junger Rechtsbrecher (Jugendgerichtsgesetz 1961) fällt nach Art. 10 Abs. 1 Z. 6 (Strafrechtswesen) B.-VG. in der Fassung von 1929 in Gesetzgebung und Vollziehung in die Zuständigkeit des Bundes.“

Klaus

168. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 9. Mai 1968 betreffend die Berichtigung von Druckfehlern im Bundesgesetzblatt

Auf Grund des § 2 Abs. 4 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt, BGBl. Nr. 33/1920, wird kundgemacht:

1. Das Bundesverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 59/1964, mit dem Bestimmungen des Bundesverfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 über Staatsverträge abgeändert und ergänzt werden, wird wie folgt berichtigt:

Im Art. II Z. 9 hat es statt „BGBl. Nr. 288/1960“ richtig „BGBl. Nr. 228/1960“ zu lauten.

2. Die Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung, BGBl. Nr. 232/1966, über die Feststellung der Aufwertungsfaktoren und der Mindest- und Höchstbemessungsgrundlage

nach dem Heeresversorgungsgesetz für das Kalenderjahr 1967, wird wie folgt berichtigt:

Im Einleitungssatz hat es statt „17. November 1965“ richtig „17. November 1965“ zu lauten.

3. Die Kundmachung des Bundeskanzleramtes, BGBl. Nr. 127/1967, betreffend die Ausdehnung des Geltungsbereiches des Europäischen Währungsabkommens samt Protokoll über dessen vorläufige Anwendung und seiner Zusatzprotokolle, wird wie folgt berichtigt:

Im Einleitungssatz hat es statt „Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit“ richtig „Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ zu lauten.

4. Die 20. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 201/1967, wird wie folgt berichtigt:

Im Einleitungssatz hat es statt „BGBl. Nr. 293/1960“ richtig „BGBl. Nr. 294/1960“ zu lauten.

5. Das Verteilungsgesetz Ungarn, BGBl. Nr. 294/1967, wird wie folgt berichtigt:

Im § 25 hat es statt „vorläufige Entscheidung“ richtig „vorläufige Entschädigung“ zu lauten.

6. Die Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung 1968, BGBl. Nr. 53, wird wie folgt berichtigt:

a) Im Eingang der TP. 126 hat es statt „Tarifpost 129“ richtig „Tarifpost 128“ zu lauten.

b) Im Eingang der TP. 127 hat es statt „Tarifpost 130“ richtig „Tarifpost 129“ zu lauten.

c) Im kleingedruckten Teil der TP. 221 hat es statt „Tarifposten 219 und 226“ richtig „Tarifposten 219 und 220“ zu lauten.

7. Im 18. Stück des Bundesgesetzblattes, ausgegeben am 20. Feber 1968, hat es auf den Seiten 560 und 561 in den Kopfzeilen jeweils statt „Nr. 64“ richtig „Nr. 63“ zu lauten.

8. Das Strafrechtsänderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 74, wird wie folgt berichtigt:

Im Art. I Z. 13 hat es statt „von 21. Juni 1950“ richtig „vom 21. Juni 1950“ zu lauten.

Klaus

169.

Nachdem das am 8. April 1967 in Lovran unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Grenzabfertigung im Eisenbahnpersonenverkehr, dessen Artikel 1, 3 und 4 verfassungsändernde Bestimmungen enthalten, samt Anlagen und welches also lautet:

ABKOMMEN

zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Grenzabfertigung im Eisenbahnpersonenverkehr

Die Republik Österreich und die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien sind, von dem

SPORAZUM

između Republike Austrije i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o graničnoj kontroli u putničkom železničkom saobraćaju

Republika Austrija i Socijalistička Federativna Republika Jugoslavija, rukovodeći se željom da

Wünsche geleitet, die Grenzabfertigung im Eisenbahnpersonenverkehr zu erleichtern und zu beschleunigen, übereingekommen, folgendes Abkommen zu schließen:

TEIL I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(1) Die Grenzabfertigung wird in allen grenzüberschreitenden Reisezügen, bei denen hiedurch ohne Beeinträchtigung der Grenzabfertigung eine wesentliche Beschleunigung des Verkehrs erreicht wird, auf nachstehend angeführten Bahnhöfen und Strecken durchgeführt:

- a) die jugoslawische Grenzabfertigung in Reisezügen aus Österreich im Bahnhof Spielfeld-Straß und auf der Strecke bis zur Staatsgrenze bei Spielfeld-Straß, im Bahnhof Lavamünd und auf der Strecke bis zur Staatsgrenze bei Lavamünd, im Bahnhof Bleiburg und auf der Strecke bis zur Staatsgrenze bei Bleiburg sowie im Bahnhof Villach-Hauptbahnhof und im Bahnhof Villach-Westbahnhof und auf der Strecke bis zur Staatsgrenze im Karawankentunnel;
- b) die österreichische Grenzabfertigung in Reisezügen aus Jugoslawien im Bahnhof Maribor und auf der Strecke bis zur Staatsgrenze bei Sentilj, im Bahnhof Dravograd und auf der Strecke bis zur Staatsgrenze bei Dravograd, im Bahnhof Prevalje und auf der Strecke bis zur Staatsgrenze bei Prevalje sowie im Bahnhof Jesenice und auf der Strecke bis zur Staatsgrenze im Karawankentunnel.

(2) Bei welchen Reisezügen die Voraussetzungen des Abs. 1 zutreffen, bestimmen die sachlich zuständigen österreichischen Bundesministerien einvernehmlich mit den sachlich zuständigen jugoslawischen Behörden.

Artikel 2

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die nachstehenden Begriffe:

1. „Grenzabfertigung“ die Durchführung der Vorschriften der Vertragsstaaten, die aus Anlaß des Grenzüberganges von Personen, Hand- und Reisegepäck, Tieren, Expreß- und Eilgut anzuwenden sind;
2. „Gebietsstaat“ den Staat, auf dessen Gebiet die Grenzabfertigung des anderen Staates vorgenommen wird, „Nachbarstaat“ den anderen Staat;
3. „Bedienstete“ die Personen, die im Auftrag der für die Grenzabfertigung zuständigen Behörden ihren Dienst auf den im Artikel 1 Abs. 1 genannten Bahnhöfen und Strecken ausüben.

olakšaju i ubrzaju graničnu kontrolu u putničkom železničkom saobraćaju, saglasile su se da zaključue sledeći Sporazum:

I. DEO

Opšte odredbe

Član 1

(1) Granična kontrola vršice se u svim putničkim vozovima koji prelaze državnu granicu, a kod kojih se time, bez uštrba po graničnu kontrolu, postiže znatno ubrzanje saobraćaja, na sledećim stanicama i prugama:

- a) jugoslovenska granična kontrola u putničkim vozovima iz Austrije na stanici Špilfeld-Štras i na pruzi do državne granice kod Špilfeld-Štrasa, na stanici Lavamind i na pruzi do državne granice kod Lavaminda, na stanici Blajburg i na pruzi do državne granice kod Blajburga kao i na stanici Filah-Glavna stanica i na stanici Filah-Zapadna stanica i na pruzi do državne granice u tunelu Karavanki;
- b) austrijska granična kontrola u putničkim vozovima iz Jugoslavije na stanici Maribor i na pruzi do državne granice kod Šentilja, na stanici Dravograd i na pruzi do državne granice kod Dravograda, na stanici Prevalje i na pruzi do državne granice kod Prevalja kao i na stanici Jesenice i na pruzi do državne granice u tunelu Karavanki.

(2) Kod kojih putničkih vozova postoje uslovi za primenu odredbe iz stava 1. ovog člana sporazumno utvrđuju stvarno nadležna austrijska savezna ministarstva sa stvarno nadležnim jugoslovenskim organima.

Član 2

U smislu ovog Sporazuma sledeći pojmovi znače:

1. „Granična kontrola“ — sprovođenje propisa država ugovornica, koji se primenjuju prilikom prelaska granice lica, ručnog i putničkog prtljaga, životinja, ekspresnih i brzovoznih pošiljaka;
2. „Domaća država“ — državu na čijoj se teritoriji vrši granična kontrola od strane druge države, „Susedna država“ — drugu državu;
3. „Službenici“ — lica koja po ovlašćenju organa nadležnih za graničnu kontrolu svoju službu obavljaju u stanicama i na prugama navedenim u članu 1. stav 1.

TEIL II**Grenzabfertigung****Artikel 3**

(1) Auf die Grenzabfertigung des Nachbarstaates im Gebietsstaat sind die Vorschriften des Nachbarstaates anzuwenden. Hierbei sind die Bediensteten des Nachbarstaates jedoch nicht berechtigt, im Gebietsstaat Personen in Verwahrung zu nehmen, zu verhaften oder auf andere Weise in ihrer persönlichen Freiheit zu beschränken.

(2) Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften des Nachbarstaates, die aus Anlaß des Grenzüberganges anzuwenden sind, gelten als im Nachbarstaat begangen.

(3) Im übrigen bleibt das Recht des Gebietsstaates unberührt.

Artikel 4

(1) Die Bediensteten des Gebietsstaates haben die Grenzabfertigung vor der Grenzabfertigung des Nachbarstaates durchzuführen.

(2) Nach Beginn der Grenzabfertigung des Gebietsstaates dürfen die Bediensteten des Nachbarstaates mit der Grenzabfertigung hinsichtlich der von den Bediensteten des Gebietsstaates bereits abgefertigten Personen und Gegenstände beginnen.

(3) Die Bediensteten des Gebietsstaates dürfen Personen und Gegenstände, hinsichtlich derer die Bediensteten des Nachbarstaates mit der Grenzabfertigung begonnen haben, keiner neuerlichen Grenzabfertigungshandlung unterziehen.

Artikel 5

Die Bediensteten des Nachbarstaates dürfen bei der Grenzabfertigung erhobene Geldbeträge, zurückgehaltene oder beschlagnahmte Waren und andere Gegenstände ohne besondere Genehmigung und ohne Erhebung von Zöllen und sonstigen Abgaben durch den Gebietsstaat in den Nachbarstaat verbringen.

Artikel 6

Personen, die von Bediensteten des Nachbarstaates zurückgewiesen werden, darf die Rückkehr in den Gebietsstaat nicht verweigert werden. Erforderlichenfalls werden die Bediensteten des Gebietsstaates auf ihrem Staatsgebiet auf Verlangen der Bediensteten des Nachbarstaates zurückgewiesene Personen aus dem Zug entfernen. Desgleichen darf die Wiedereinfuhr von Waren und Gegenständen in den Gebietsstaat, deren Einfuhr von Bediensteten des Nachbarstaates abgelehnt wird, nicht verweigert werden.

II. DEO**Granična kontrola****Član 3**

(1) U vršenju granične kontrole od strane susedne države u domaćoj državi primenjuju se propisi susedne države. Pri tome službenici susedne države nemaju pravo da u domaćoj državi privode ili liše slobode lica, ili da im na drugi način ograničavaju njihovu ličnu slobodu.

(2) Povrede propisa susedne države, koji se primenjuju prilikom prelaska granice, smatraju se kao da su učinjene u susednoj državi.

(3) U svemu ostalom pravo domaće države ostaje nedirauto.

Član 4

(1) Službenici domaće države vršiće graničnu kontrolu pre granične kontrole susedne države.

(2) Posle početka granične kontrole od strane domaće države dozvoljeno je službenicima susedne države da otpočinu graničnu kontrolu nad licima i predmetima koje su službenici domaće države već pregledali.

(3) Službenici domaće države ne mogu lica i predmete nad kojima su službenici susedne države započeli graničnu kontrolu podvrgnuti ponovnoj graničnoj kontroli.

Član 5

Službenici susedne države mogu, prilikom vršenja granične kontrole u domaćoj državi, ubrane novčane iznose, zadržanu ili zaplenjenu robu i druge predmete preneti u svoju državu bez posebnog odobrenja i bez naplate carine i drugih dažbina od strane domaće države.

Član 6

Licima, kojima službenici susedne države ne dozvoljavaju ulaz, ne može se uskratiti povratak u domaću državu. U slučaju potrebe službenici domaće države na svojoj teritoriji, na traženje službenika susedne države, odstraniće iz voza lica koja susedna država ne prima. Isto tako ne može se uskratiti ponovni uvoz robe i predmeta u domaću državu, čiji su uvoz odbili službenici susedne države.

TEIL III**Bedienstete****Artikel 7**

(1) Die Behörden des Gebietsstaates gewähren den Bediensteten des Nachbarstaates bei der Ausübung ihres Dienstes im Rahmen dieses Abkommens den gleichen Schutz und Beistand wie den entsprechenden eigenen Bediensteten. Insbesondere sind die im Gebietsstaat geltenden strafrechtlichen Bestimmungen zum Schutz von Beamten und Amtshandlungen auch auf strafbare Handlungen anzuwenden, die im Gebietsstaat gegen Bedienstete des Nachbarstaates begangen werden.

(2) Amtshaftungsansprüche wegen Schäden, die Bedienstete des Nachbarstaates im Gebietsstaat zufügen, unterstehen dem Recht und der Gerichtsbarkeit des Nachbarstaates, gleich wie wenn die schädigende Handlung an dem Ort des Nachbarstaates stattgefunden hätte, an dem die Grenzabfertigungsstelle liegt, in deren Auftrag der Bedienstete tätig war. Die Staatsbürger des Gebietsstaates sind in diesen Fällen den Staatsbürgern des Nachbarstaates gleichgestellt.

(3) Von strafbaren Handlungen, die von Bediensteten des Nachbarstaates im Gebietsstaat begangen werden, ist die vorgesetzte Behörde des Bediensteten des Nachbarstaates unverzüglich zu benachrichtigen.

Artikel 8

(1) Jeder Vertragsstaat versieht die Bediensteten, welche die Grenzabfertigung im Rahmen dieses Abkommens im Gebietsstaat durchzuführen haben, mit einem Grenzübertrittsausweis nach dem als Anlage A beziehungsweise Anlage B beigefügten Muster. In der Republik Österreich wird dieser Ausweis vom Bundesministerium für Inneres, in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom Republikanischen Sekretariat für Innere Angelegenheiten der Sozialistischen Republik Slowenien ausgestellt. Der Ausweis wird mit einer Gültigkeitsdauer bis zu drei Jahren ausgestellt und kann zweimal bis zu drei Jahren verlängert werden.

(2) Der Ausweis bedarf der Vidierung durch die zur Ausstellung der Ausweise zuständige Behörde des anderen Vertragsstaates. Die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Ausweises bedarf keiner Vidierung. Die Übersendung der Ausweise zur Vidierung geschieht durch Vermittlung der zuständigen Grenzabfertigungsstellen. Ausstellung und Vidierung sind frei von Gebühren und Verwaltungsabgaben.

(3) Jeder Vertragsstaat ist berechtigt, die von ihm erteilte Vidierung zu widerrufen. Ist die

III. DEO**Službenici****Član 7**

(1) Službenicima susedne države pri izvršavanju njihove službe u okviru ovog Sporazuma organi domaće države pružace istu zaštitu i pomoć kao i odgovarajućim službenicima svoje države. U domaćoj državi primenjuvace se naročito krivično-pravni propisi za zaštitu službenika izvršavanja njihovih službenih dužnosti i na kažnjiva dela koja se počine u domaćoj državi protiv službenika susedne države.

(2) Zahtevi za službeno jemstvo za štete koje pričinje službenici susedne države u domaćoj državi podležu pravu i pravosudju susedne države isto kao da je delo oštećenja učinjeno u mestu susedne države, u kome se nalazi službena jedinica za graničnu kontrolu, po čijem je ovlašćenju službenik vršio službu. Državljanima domaće države u ovim slučajevima izjednačeni su sa državljanima susedne države.

(3) O kažnjivim delima, počinjenim od službenika susedne države u domaćoj državi izvešćice se neodložno pretpostavljeni organ službenika susedne države.

Član 8

(1) Svaka država ugovornica izdaje službenicima koji u okviru ovog Sporazuma vrše graničnu kontrolu u domaćoj državi dozvolu za prelaz granice prema obrascu Priloga A odnosno Priloga B. Ove dozvole u Republici Austriji izdaje Savezno ministarstvo za unutrašnje poslove, a u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji — Republički sekretarijat za unutrašnje poslove Socijalističke Republike Slovenije. Dozvola se izdaje sa rokom važenja do tri godine i može se produžiti najviše dva puta do tri godine.

(2) Dozvola mora biti vizirana od strane organa druge države ugovornice nadležnog za izdavanje dozvola. Produženje roka važenja dozvole ne podleže viziranju. Dostavljanje dozvola radi viziranja vrši se preko nadležnih službenih jedinica za graničnu kontrolu. Dozvole se izdaju i viziraju bez naplate dažbina i taksa.

(3) Svaka država ugovornica može da opozove izvršeno viziranje dozvole. Ako domaća država

Vidierung eines Ausweises vom Gebietsstaat widerrufen worden, so ist der Nachbarstaat verpflichtet, den Inhaber dieses Ausweises von der Dienstverrichtung im Gebietsstaat auszuschließen.

(4) Inhaber der im Abs. 1 erwähnten Ausweise sind berechtigt, zum Zwecke der Dienstverrichtung im Gebietsstaat die österreichisch-jugoslawische Staatsgrenze auf den im Artikel 1 Abs. 1 genannten Eisenbahnstrecken zu überschreiten und sich im Gebietsstaat für die Dauer der Dienstverrichtung aufzuhalten:

- a) jugoslawische Bedienstete in Zügen auf den im Artikel 1 Abs. 1 lit. a genannten Strecken und in Spielfeld, Lavamünd, Bleiburg und Villach;
- b) österreichische Bedienstete in Zügen auf den im Artikel 1 Abs. 1 lit. b genannten Strecken und in Maribor, Dravograd, Prevalje und Jesenice.

Artikel 9

(1) Den Bediensteten des Nachbarstaates ist nach den Vorschriften ihres Staates während der Dienstverrichtung im Gebietsstaat das Tragen ihrer Dienstkleidung, Dienstabzeichen und Dienstwaffen gestattet. Die Dienstwaffe darf außerhalb des Bahnhofsbereiches nicht getragen werden.

(2) Von der Dienstwaffe darf nur im Falle der Notwehr Gebrauch gemacht werden.

Artikel 10

Die Bediensteten des Nachbarstaates, die in Anwendung dieses Abkommens ihren Dienst im Gebietsstaat ausüben, sind in diesem von allen öffentlich-rechtlichen persönlichen Dienst- und Sachleistungen befreit.

Artikel 11

Die sachlich zuständigen österreichischen Bundesministerien und die sachlich zuständigen jugoslawischen Behörden vereinbaren:

- a) die für den Aufenthalt der Bediensteten des Nachbarstaates in den im Artikel 1 Abs. 1 genannten Bahnhöfen benötigten Räume, welche die Vertragsstaaten einander unentgeltlich zur Verfügung stellen;
- b) die Abteile und Einrichtungen, die den Bediensteten des Nachbarstaates, welche die Grenzabfertigung durchführen, in Zügen unentgeltlich vorzubehalten sind.

Artikel 12

(1) Der Gebietsstaat wird die Einrichtung drahtgebundener Fernmeldeanlagen, die für die Tätigkeit der Grenzabfertigungsstellen des Nachbarstaates im Gebietsstaat erforderlich sind, und

opozove viziranje dozvole, onda je susedna država dužna da imaoca ove dozvole isključi od vršenja službe u domaćoj državi.

(4) Imaoci dozvola navedenih u stavu 1. ovog člana imaju pravo da u cilju vršenja službe u domaćoj državi prelaze austrijsko-jugoslovensku državnu granicu na prugama navedenim u članu 1. stav 1, kao i da se zadržavaju u domaćoj državi za vreme vršenja službe, i to:

- a) jugoslovenski službenici u vozovima na prugama navedenim u članu 1. stav 1. slovo a) i u Špilfeldu, Lavamindu, Blajburgu i Filahu;
- b) austrijski službenici u vozovima na prugama navedenim u članu 1. stav 1. slovo b) i u Mariboru, Dravogradu, Prevalju i Jesenicama.

Član 9

(1) Službenici susedne države imaju pravo da, po propisima svoje države, za vršenje službe u domaćoj državi, nose uniformu, službene oznake i službeno oružje. Službeno oružje se ne može nositi izvan kruga železničke stanice.

(2) Službeno oružje sme da se upotrebi samo u slučaju nužne odbrane.

Član 10

Službenici susedne države koji u cilju primene ovog Sporazuma svoju službu obavljaju u domaćoj državi oslobođeni su u njoj svih javno-pravnih ličnih usluga i nameta.

Član 11

Stvarno nadležna austrijska savezna ministarstva i stvarno nadležni jugoslovenski organi sporazumevaju se o:

- a) potrebnim prostorijama za boravak službenika susedne države u stanicama navedenim u članu 1. stav 1, koje države ugovornice uzajamno stavljaju besplatno na raspolaganje;
- b) odeljcima i uredjajima koji se besplatno rezervišu u vozovima za službenike susedne države koji vrše graničnu kontrolu.

Član 12

(1) Domaća država izdavaće bez naplate taksa odobrenja za uvođenje žičanih komunikacionih uredjaja koji su potrebni službenim jedinicama za graničnu kontrolu susedne države

den Anschluß dieser Einrichtungen an die entsprechenden Anlagen des Nachbarstaates gebührenfrei bewilligen. Allfällige Kosten für die Einrichtung und die Benützung der Anlagen trägt der Nachbarstaat. Diese unmittelbaren Verbindungen zwischen den Dienststellen des Nachbarstaates dürfen nur für dienstliche Zwecke benützt werden. Solche Nachrichtenübermittlungen gelten als interner Verkehr des Nachbarstaates.

(2) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, zu demselben Zweck soweit wie möglich alle Erleichterungen zu gewähren, welche die Verwendung anderer Mittel auf dem Gebiet des Fernmeldewesens betreffen.

(3) Im übrigen gelten die Vorschriften der Vertragsstaaten über Errichtung, Instandhaltung und Betrieb von Fernmeldeanlagen.

Artikel 13

Gegenstände, die zum dienstlichen Gebrauch oder zum persönlichen Bedarf der Bediensteten des Nachbarstaates während des Dienstes im Gebietsstaat bestimmt sind, bleiben frei von Zöllen und sonstigen Ein- und Ausgangsabgaben. Ein- und Ausfuhrverbote sowie Ein- und Ausfuhrbeschränkungen wirtschaftlicher Natur finden auf diese Gegenstände keine Anwendung.

Artikel 14

(1) Wird ein Bediensteter des Nachbarstaates in Ausübung des mit der Grenzabfertigung zusammenhängenden Dienstes beim Betrieb der Eisenbahn durch einen Unfall im Gebietsstaat getötet oder verletzt oder eine Sache, die er an sich trägt oder mit sich führt, beschädigt oder vernichtet, so haftet die Eisenbahn des Nachbarstaates nach dem Recht des Vertragsstaates, dem der Bedienstete angehört.

(2) Ob und inwieweit eine Eisenbahn gegenüber der anderen Ersatz zu leisten hat, wird zwischen den Eisenbahnen der Vertragsstaaten vereinbart.

TEIL IV

Schlußbestimmungen

Artikel 15

Die sachlich zuständigen österreichischen Bundesministerien und die sachlich zuständigen jugoslawischen Behörden vereinbaren die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 16

Im Interesse seiner Sicherheit oder wegen anderweitiger zwingender öffentlicher Interessen kann

u. in der Heimat der Država i za priključenje tih uredjaja na odgovarajuća postrojenja susedne države. Eventualne troškove za uvodjenje i za korišćenje uredjaja snosi susedna država. Ove neposredne veze između službenih jedinica susedne države koristeće se isključivo u službene svrhe. Takvi prenosi saopštenja smatraju se kao unutrašnji saobraćaj susedne države.

(2) Države ugovornice obavezuju se da će u istu svrhu, u što je moguće većem obimu, pružati sve olakšice u pogledu upotrebe drugih telekomunikacionih sredstava.

(3) U svemu ostalom važe propisi država ugovornica o uspostavljanju, održavanju i saobraćaju telekomunikacionih uredjaja.

Član 13

Predmeti određeni za službene potrebe ili za ličnu upotrebu službenika susedne države za vreme obavljanja službe u domaćoj državi oslobadaju se carine i drugih uvoznih i izvoznih dažbina. Na ove predmete ne primenjuju se zabrane uvoza i izvoza kao ni ograničenja uvoza i izvoza privrednog karaktera.

Član 14

(1) Ako službenik susedne države u vršenju službe u vezi sa graničnom kontrolom u železničkom saobraćaju nesrećnim slučajem u domaćoj državi pogine ili bude povredjen, ili ako se neka stvar koju on na sebi nosi ili sa sobom prenosi, ošteti ili uništi, onda odgovornost snosi železnička uprava susedne države po pravnim propisima države ugovornice kojoj službenik pripada.

(2) Da li će i u kojoj meri jedna železnička uprava drugoj dati odštetu, sporazumeće se međusobno železničke uprave država ugovornica.

IV. DEO

Završne odredbe

Član 15

Stvarno nadležna austrijska savezna ministarstva i stvarno nadležni jugoslovenski organi sporazumevaju se o potrebnim merama za sprovođenje ovog Sporazuma.

Član 16

U interesu svoje bezbednosti ili drugih prinudnih javnih interesa svaka država ugovornica

jeder Vertragsstaat dieses Abkommen vorübergehend für alle oder einzelne der im Artikel 1 Abs. 1 genannten Strecken als unanwendbar erklären. Der andere Vertragsstaat ist hievon unverzüglich zu benachrichtigen.

Artikel 17

(1) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Abkommens sollen möglichst durch die zuständigen Stellen beider Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Soweit eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht erledigt werden kann, ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall in der Weise gebildet, daß jeder Vertragsstaat einen Vertreter bestellt und diese sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen. Werden die Vertreter und der Obmann nicht innerhalb dreier Monate bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat seine Absicht, das Schiedsgericht anzurufen, bekanntgegeben hat, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Für den Fall, daß der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt oder aus einem anderen Grund verhindert ist, soll sein Stellvertreter im Amt die erforderlichen Ernennungen vornehmen.

(4) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidungen auf Grund dieses Abkommens und der zu seiner Durchführung getroffenen Vereinbarungen sowie unter Anwendung der zwischen beiden Vertragsstaaten geltenden und zur Zeit der Entstehung oder der Dauer der Streitfrage anwendbaren internationalen Abkommen, des Völkergewohnheitsrechtes und der allgemein anerkannten Rechtsgrundsätze.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Schiedsrichters. Die übrigen Kosten werden von beiden Vertragsstaaten je zur Hälfte getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Hinsichtlich der Ladung und der Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden die Zivilgerichte der beiden Vertragsstaaten auf das vom Schiedsgericht an die betreffende Regierung zu richtende Ersuchen in der gleichen Weise Rechtshilfe leisten wie auf ein Ersuchen eines Zivilgerichtes des ersuchten Vertragsstaates.

može ovaj Sporazum da oglasi privremeno neprimenljivim za sve ili za pojedine pruge navedene u članu 1. stav 1. Druga država ugovornica ima se o tome neodložno obavestiti.

Član 17

(1) Razlike u tumačenju ili u primeni odredaba ovog Sporazuma treba po mogućstvu da otklone nadležni organi obe države ugovornice.

(2) Ukoliko se razlika u tumačenju ne može otkloniti na ovaj način, slučaj se mora na zahtev jedne države ugovornice predati arbitražnom sudu.

(3) Arbitražni sud se od slučaja do slučaja obrazuje na taj način što svaka država ugovornica odredi jednog predstavnika, a ovi se slože da im predsednik bude pripadnik treće države. Ukoliko se predstavnici i predsednik ne odrede u roku od tri meseca posle saopštenja jedne države ugovornice da ima nameru da se obrati arbitražnom sudu, u nedostatku drugog sporazuma, svaka država ugovornica može zamoliti predsednika Medjunarodnog suda pravde u Hagu da izvrši potrebna naimenovanja. U slučaju da je predsednik državljanin jedne od dveju država ugovornica, ili je iz drugog razloga sprečen, njegov zamenik treba da izvrši potrebna naimenovanja.

(4) Arbitražni sud donosi svoje odluke na osnovu ovog Sporazuma i sporazuma sklopljenih za njegovo sprovođenje, kao i primenljivih medjunarodnih sporazuma koji su u vreme nastanka ili trajanja spornog odnosa u važnosti između država ugovornica, medjunarodnog običajnog prava i opštepriznatih pravnih normi.

(5) Arbitražni sud odlučuje većinom glasova. Njegove odluke su obavezne. Svaka država ugovornica snosi troškove svog arbitra. Ostale troškove države ugovornice snose podjednako. U ostalom arbitražni sud sam reguliše svoj postupak.

(6) Gradjanski sudovi obe države ugovornice, u pogledu pozivanja i saslušavanja svedoka i veštaka na zahtev arbitražnog suda upućenog odnosnoj vladi, pružaju pravnu pomoć na isti način kao i na zahtev gradjanskog suda zamoljene države ugovornice.

Artikel 18

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden in Wien ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt am dreißigsten Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen kündigen; es tritt ein Jahr nach der Notifikation der Kündigung an den anderen Vertragsstaat außer Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Lovran, am 8. April 1967, in doppelter Urschrift in deutscher und serbokroatischer Sprache, die Anlagen in deutscher und slowenischer Sprache, wobei jeweils beide Texte authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Dr. Krahl m. p.

Für die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien:

Dušan Rebolj m. p.

Član 18

(1) Ovaj Sporazum podleže ratifikaciji. Ratifikacioni instrumenti izmjeniče se u Beču.

(2) Sporazum stupa na snagu tridesetog dana od datuma razmene ratifikacionih instrumenata.

(3) Svaka država ugovornica može da otkáže Sporazum; on se stavlja van snage godinu dana posle notifikacije otkaza drugoj državi ugovornici.

U POTVRDU ČEGA, opunomoćenici država ugovornica su ovaj Sporazum potpisali i stavili pečate.

SACINJENO u Lovranu 8. aprila hiljadudevstotinašezdesetsedme godine u dva originalna primerka na nemačkom i srpskohrvatskom jeziku, a prilozi na nemačkom i slovenačkom jeziku, pri čemu su ovi tekstovi podjednako autentični.

Za Republiku Austriju:

Dr. Krahl m. p.

Za Socijalističku Federativnu Republiku Jugoslaviju:

Dušan Rebolj m. p.

(Titelseite)
(Naslovna stran)REPUBLIK ÖSTERREICH
REPUBLIKA AVSTRIJAStaatswappen
Državni grbGRENZÜBERTRITTS AUSWEIS
MEJNA IZKAZNICA

gemäß Artikel 8 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Grenzabfertigung im Eisenbahnpersonenverkehr vom
8. April 1967

izdana na osnovi člana 8 Sporazuma med Republiko Avstrijo in Socialistično Federativno Republiko
Jugoslavijo o mejni kontroli v železniškem potniškem prometu z dne 8. aprila 1967

Nr.
Št.

Format: Dreiteilig gefaltet, 6 Seiten 8×12 cm
Obrazec: Trikrat prepognjeno, 6 strani 8×12 cm

Material: Schreibleinen
Material: Platneni papir

Farbe: beige
Barva: Rumena (beige)

(Seite 2)
(Stran 2)

.....
Vorname/Ime

.....
Familienname/Priimek

.....
Datum und Ort der Geburt/Datum in kraj rojstva

.....
Staatsangehörigkeit/Državljanstvo

.....
.....
.....
Dienststelle/Službena enota

(Seite 3)
(Stran 3)

Photographie
Fotografija

Stampiglie
Pečat

Unterschrift des Inhabers
Podpis imetnika

(Seite 4)

(Stran 4)

Der Inhaber dieses Ausweises ist berechtigt, zum Zwecke der Grenzabfertigung auf dem Hoheitsgebiet der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien die österreichisch-jugoslawische Staatsgrenze auf der Eisenbahnstrecke Spielfeld-Straß—Maribor, Lavamünd—Dravograd, Bleiburg—Prevalje und Villach—Jesenice *) zu überschreiten und sich auf dem jugoslawischen Hoheitsgebiet in Zügen auf dieser Strecke sowie in Maribor, Dravograd, Prevalje und Jesenice *) für die Dauer der Dienstverrichtung aufzuhalten.

Während der Dienstverrichtung auf dem Hoheitsgebiet der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ist der Inhaber dieses Ausweises zum Tragen seiner Dienstkleidung, seines Dienstabzeichens und seiner Dienstwaffe berechtigt. Die Dienstwaffe darf außerhalb des Bahnhofsbereiches nicht getragen werden.

Imetnik te izkaznice je upravičen, da zaradi opravljanja mejne kontrole na teritoriju Socialistične Federativne Republike Jugoslavije v vlakih prehaja avstrijsko-jugoslovansko mejo na železniški progi Spielfeld-Straß—Maribor, Lavamünd—Dravograd, Bleiburg—Prevalje in Villach—Jesenice *) in da se zadržuje na jugoslovanskem teritoriju v vlakih na tej progi kakor tudi v Mariboru, Dravogradu, Prevalju in na Jesenicah *) za časa opravljanja službe.

Za časa opravljanja službe na teritoriju Socialistične Federativne Republike Jugoslavije je imetnik te izkaznice upravičen nositi svojo uniformo, službene označbe in službeno orožje. Službenega orožja ni dovoljeno nositi izven postajnega območja.

*) Nichtzutreffendes streichen

*) Nepotrebno prečrtati.

(Seite 5)
(Stran 5)

Dieser Ausweis ist gültig bis
Ta izkaznica velja do

Ausstellungsbehörde
Pristojni organ za izdajanje

Ort und Datum
Kraj in datum

Stampiglie
Pečat

.....
Unterschrift/Podpis

Vidierungsbehörde
Pristojni organ za vidiranje

Ort und Datum
Kraj in datum

Stampiglie
Pečat

.....
Unterschrift/Podpis

(Seite 6)
(Stran 6)

Verlängert bis
Podaljšana do

Ort und Datum
Kraj in datum

Stampiglie
Pečat

.....
Unterschrift/Podpis

Verlängert bis
Podaljšana do

Ort und Datum
Kraj in datum

Stampiglie
Pečat

.....
Unterschrift/Podpis

(Naslovna stran)
(Titelseite)**SOCIALISTIČNA FEDERATIVNA REPUBLIKA JUGOSLAVIJA****SOZIALISTISCHE FÖDERATIVE REPUBLIK JUGOSLAWIEN**Državni grb
Staatswappen**MEJNA IZKAZNICA
GRENZÜBERTRITTS AUSWEIS**

izdana na osnovi člana 8 Spórazuma med Socialistično Federativno Republiko Jugoslavijo in Republiko Avstrijo o mejni kontroli v železniškem potniškem prometu z dne 8. aprila 1967

gemäß Artikel 8 des Abkommens zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Republik Österreich über die Grenzabfertigung im Eisenbahnpersonenverkehr vom 8. April 1967

Št.
Nr.

Obrazec: Trikrat prepognjeno, 6 strani 8×12 cm
Format: Dreiteilig gefaltet, 6 Seiten 8×12 cm

Material: Platneni papir
Material: Schreibleinen

Barva: Rumena (beige)
Farbe: beige

(Stran 2)
(Seite 2)

.....
Ime/Vorname

.....
Priimek/Familienname

.....
Datum in kraj rojstva/Datum und Ort der Geburt

.....
Državljanstvo/Staatsangehörigkeit

.....
Službena enota/Dienststelle

(Stran 3)
(Seite 3)

Fotografija
Photographie

Pečat
Stampiglie

Podpis imetnika
Unterschrift des Inhabers

(Stran 4)

(Seite 4)

Imetnik te izkaznice je upravičen, da zaradi opravljanja mejne kontrole na teritoriju Republike Avstrije v vlakih prehaja jugoslovansko-avstrijsko mejo na železniški progi Maribor—Spielfeld-Straß, Dravograd—Lavamünd, Prevalje—Bleiburg in Jesenice—Villach *) in da se zadržuje na avstrijskem teritoriju v vlakih na tej progi kakor tudi v Spielfeld-Strassu, Lavamündu, Bleiburgu in Villachu *) za časa opravljanja službe.

Za časa opravljanja službe na teritoriju Republike Avstrije je imetnik te izkaznice upravičen nositi svojo uniformo, službene označbe in službeno orožje. Službenoga orožja ni dovoljeno nositi izven postajnega območja.

Der Inhaber dieses Ausweises ist berechtigt, zum Zwecke der Grenzabfertigung auf dem Hoheitsgebiet der Republik Österreich die jugoslawisch-österreichische Staatsgrenze auf der Eisenbahnstrecke Maribor—Spielfeld-Straß, Dravograd—Lavamünd, Prevalje—Bleiburg und Jesenice—Villach *) zu überschreiten und sich auf dem österreichischen Hoheitsgebiet in Zügen auf dieser Strecke sowie in Spielfeld-Straß, Lavamünd, Bleiburg und Villach *) für die Dauer der Dienstverrichtung aufzuhalten.

Während der Dienstverrichtung auf dem Hoheitsgebiet der Republik Österreich ist der Inhaber dieses Ausweises zum Tragen seiner Dienstkleidung, seines Dienstabzeichens und seiner Dienstwaffe berechtigt. Die Dienstwaffe darf außerhalb des Bahnhofsbereiches nicht getragen werden.

*) Nepotrebno prefrtati.

*) Nichtzutreffendes streichen.

(Stran 5)
(Seite 5)

Ta izkaznica velja do
Dieser Ausweis ist gültig bis

Pristojni organ za izdajanje
Ausstellungsbehörde

Kraj in datum
Ort und Datum

Pečat
Stampiglie

.....
Podpis/Unterschrift

Pristojni organ za vidiranje
Vidierungsbehörde

Kraj in datum
Ort und Datum

Pečat
Stampiglie

.....
Podpis/Unterschrift

(Stran 6)
(Seite 6)

Podaljšana do
Verlängert bis

Kraj in datum
Ort und Datum

Pečat
Stampiglie

.....
Podpis/Unterschrift

Podaljšana do
Verlängert bis

Kraj in datum
Ort und Datum

Pečat
Stampiglie

.....
Podpis/Unterschrift

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Abkommen für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Inneres, vom Bundesminister für Justiz, vom Bundesminister für Finanzen, vom Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 17. April 1968

Der Bundespräsident:

Jonas

Der Bundeskanzler:

i. V. Withalm

Der Bundesminister für Inneres:

Soronics

Der Bundesminister für Justiz:

Klecatsky

Der Bundesminister für Finanzen:

Koren

Der Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen:

Weiß

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Waldheim

Die Ratifikationsurkunden zum vorliegenden Abkommen sind am 22. April 1968 ausgetauscht worden; das Abkommen ist somit gemäß seinem Artikel 18 Absatz 2 am 22. Mai 1968 in Kraft getreten.

Klaus